

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenstellung: Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Hermann-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Der Kampf der Bauarbeiter.

Wer verteuert die Wohnungswirtschaft?

Die Bauunternehmer haben bekanntlich die Forderungen der Bauarbeiter abgelehnt mit der Begründung, daß diese Forderungen nicht „tragbar“ wären und die Wohnungswirtschaft ungemein verteuerten.

Wir führen zunächst ein Beispiel an: Es besteht in Berlin eine Töpferergesellschaft, die dem Verbands Sozialer Baubetriebe angeschlossen ist.

Auf Grund des Beschlusses der ordentlichen Mitgliederversammlung vom 24. März, wonach Mitglieder, welche den Mindestsatz der festgesetzten Unkostenzuschläge unterbieten, vor den Vorstand geladen werden und eventuell mit einer Geldstrafe bis 1000 Mk. bestraft werden sollen, lade ich Sie zu einer Sitzung der Vorstände am Donnerstag, den 17. cr., nachmittags 3 1/2 Uhr, in haverlands Festsaal, Neue Friedrichstraße 35, Eingang Kochstraße ein.

In der Versammlung wurde von dem Vertreter der Töpferergesellschaft allen Ernstes verlangt, daß er auf die Löhne einen Zuschlag für Geschäftskosten und Gewinn in Höhe von 80 Proz. zu erheben habe.

Das ist nur ein Beispiel unter vielen. Wir behalten uns vor, auf das korrupte System der Preisringe näher einzugehen und hineinzuleuchten in das System der Interessengemeinschaften zwischen Bauunternehmern und Baustoffhändlern.

Regierungserklärung gegen Westarp.

Eine offiziöse Verlautbarung.

Die vom Auswärtigen Amt inspirierte „Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz“ erläßt gegen den Führer der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Graf Westarp, folgende Erklärung:

In einem in mehreren Abendzeitungen von gestern veröffentlichten Artikel charakterisiert der deutschnationale Abgeordnete Graf Westarp das deutsche Februar-Memorandum als eine „unverbindliche Anregung des deutschen Außenministers“.

Der Wortlaut der deutschen Antwort dürfte geeignet sein, ihn über die Irrigkeit des in bezug auf den Charakter des ersten deutschen Memorandums von ihm vertretenen Standpunktes aufzuklären.

Gewinnsucht. Ihr Kampf gegen die Bauhüttenbewegung ist der beste Beweis für die Unwahrhaftigkeit Ihrer Behauptungen.

Sobald eine Arbeitergruppe im Kampf steht, meißelt sich unweigerlich die „Rote Fahne“, um Uneinigkeit unter die Kämpfenden zu säen.

Sie bringt einen etwas phantastischen Bericht über die Generalversammlung des Baugewerksbundes, in dem behauptet wird, daß die Diskussion „ein einziger Protest gegen die unverständliche Anordnung, die Belagschaft der Bauhütte arbeiten zu lassen,“ gewesen sei.

Run wird angeführt, daß die Bauhütte Aufträge „kapitalistischer Firmen“ ausführe und mit den kapitalistischen Baufirmen „zumindest eng verbunden sei“.

Das es den kapitalistischen Baufirmen sehr erwünscht wäre, wenn die unbehagliche Konkurrenz der Bauhütte stillgelegt würde, ist ohne weiteres begrifflich.

Im übrigen weiß jeder Bauarbeiter, daß die Gesellschafter der Bauhütte die Berliner Gewerkschaften sind. Ein Streit bei der Bauhütte wäre also ein Streit gegen die eigenen Gewerkschaftsorganisationen.

Das ist geradezu eine Kriegserklärung des Auswärtigen Amtes an den Führer der „größten Regierungspartei“.

Räumungsdebatte in Köln.

Ein sozialdemokratischer Antrag.

Köln, 10. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In der Kölner Stadtschuldenratensversammlung kam es am Donnerstag zu einer recht bemerkenswerten Debatte über die Räumung der Kölner Zone.

Der Antrag wurde von dem Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion, den Genossen Trimborn, begründet.

Die Aussprache war den Rechtsparteien offensichtlich unangenehm.

Handelsbilanz und Zollpolitik.

Eindrucksvolle Zahlen.

Die Welt der Zahlen ist oft recht nüchtern und eintönig. Es ist nicht jedermanns Sache, sich von der Sprache der Statistiken und Tabellen führen zu lassen.

Wir lassen hier den Bericht über die Sitzung folgen.

Der Präsident des Statistischen Reichsamts, Dr. Wagemann, führte aus, daß sich deutlich eine Parallelbewegung der Preise für die wichtigsten Rohstoffe mit der Handelsbilanz zeige.

Dr. Wagemann warnte also davor, in der Passivität der Handelsbilanz an sich etwas Schlimmes zu sehen, wie es in der letzten Zeit vielfach geschah.

Was aber am bedenklichsten an unserer Handelsbilanz ist, das ist die Zurückdrängung der Ausfuhr hochwertiger Arbeitserzeugnisse und die vermehrte Einfuhr verarbeiteter Erzeugnisse aus dem Ausland.

vor allem sind mehr landwirtschaftliche Fertigerzeugnisse eingeführt worden als landwirtschaftliche Rohstoffe.

Nach einigen Fragen, ob der Rückgang der Einfuhr von Futtermitteln nicht darauf zurückzuführen sei, daß mehr inländisches Getreide verfüttert worden ist, wurde festgestellt, daß Zölle keine Möglichkeit bieten, die Handelsbilanz dauernd zu forcieren.

Dr. David geht von den bedenklichen Tatsachen aus, die heute in Zahlen vorgeführt worden sind.

Unser Ziel müsse die Intensivierung der Landwirtschaft sein, das sei aber das Gegenteil von dem, was jetzt geschehen solle.

Was wir aus dem Boden mehr herausziehen können, das ist gelobtes Geld. Diese Summen können in die Milliarden gehen. Wir brauchen keine Furcht davor zu haben, daß die Intensivierung zu weit getrieben werden könnte. Die Intensivierung der Landwirtschaft kann nach zwei Richtungen, einmal bei Getreide, wo sie aber vor einer gewissen Grenze halt macht, zweitens durch den Uebergang zu einer Kultur, die auf einem größeren Arbeitsaufwand beruht. Nur durch die Förderung dieser Kultur, die unsere Arbeitskräfte beschäftigt und das Möglichste aus dem Boden herausholt, können wir uns der ersten Wirtschaft wieder entziehen. Wir müssen also zur Veredelungserzeugung in der Landwirtschaft übergehen. Die Sorge dafür, daß die Bevölkerung die Qualitätserzeugnisse nicht kaufen könne, dürfte uns nicht davon abhalten, in dieser Richtung zu arbeiten. Das beste Mittel dagegen ist, das Einkommen der breiten Masse zu heben, es ist zugleich das beste Mittel, um den Markt für die veredelten Erzeugnisse zu schaffen. Dieser Zustand ist noch lange nicht da. Gewiß hat der Osten ungünstigere natürliche Bedingungen als der Westen, aber sie sind doch nicht so, daß sie sich allzu sehr von denen des Westens unterscheiden. Das zeigt sich doch besonders bei den Ergebnissen der bauerlichen Siedlungen im Westen. Hier ist eine starke Zunahme der Viehproduktion usw. erzielt worden. Wenn wir in dieser Weise fortfahren,

so können wir im Osten noch mehrere hundert Millionen Mark mehr als bisher herausziehen.

wir würden die Möglichkeit schaffen, daß sich auch die Bevölkerung im Osten vermehren kann. Der Rückgang in der Einfuhr von Futtermitteln ist nur zum Teil dadurch zu erklären, daß mehr Getreide versüßert wurde. Eine weitere Ursache ist der Rückgang unseres Viehbestandes, der sowohl nach der Stückzahl wie nach dem Durchschnittsgewicht sich noch unter dem Vorkriegsstand befindet. Die Frage ist: wie können wir diesen Rückgang bekämpfen? Dadurch, daß wir mehr Kraftfuttermittel einführen, um die Viehproduktion zu vermehren. Das würde nicht erzielt werden, wenn wir die Futtermittel mit Zöllen belegen. Die Folgerungen aus den heute vorgelegten Zahlen sind also die, daß wir die Produktion auf eigenem Boden steigern müssen, nicht so sehr der Quantität nach, sondern vielmehr in bezug auf die Qualität. Die Steigerung des Futtermittelimports bewirkt aber zugleich auch eine Intensivierung des Getreidebaus wie des ganzen Ackerbaus. Es ist zugleich eine Düngemittel-einfuhr, denn gerade die notwendigen Bestandteile für den Ackerbau können durch Vermehrung der Viehproduktion zugänglich gemacht werden. Einen praktischen Beweis dafür bildet Dänemark, wo man die Körnerprodukte zollfrei einleitet. Dort ist der Getreidebau nicht zurückgegangen, er ist stärker als damals, zugleich wurde eine Menge Düngemittel für den gesamten Ackerbau übrig. Dabei hat Dänemark schlechtere natürliche Bedingungen als weite Kreise unseres Landes.

Prof. Sering betont in Ergänzung der Ausführungen Davids, daß der lädenlose Zolltarif der Gesamtwirtschaft nicht im mindesten nützt, daß er dagegen in erster Linie der Landwirtschaft schadet. Die künstliche Hochschraubung der Preise verursacht eine Senkung der Kaufkraft. Das würde aber nicht dazu führen, um eine bessere Handelsbilanz zu schaffen. Mit der Intensivierung der Landwirtschaft würde eine außerordentliche Nachfrage nach Industrieprodukten verbunden sein, und das würde eine Auslösung der Kaufkraft für veredelte Agrarprodukte bedeuten. Wir könnten also auf diese Weise auf dem Inlandsmarkt die industriellen Erzeugnisse wieder stärken und so den Ausgangspunkt wie den Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft gewinnen. Wir brauchen keine Sorge dauernd zu haben, daß wir zurück aus dem Boden herausziehen; im Gegenteil müßte es unsere Hoffnung sein, so viel wie nur irgend möglich unsere Produktion zu steigern.

Eisenzoll.

Das internationale Eisenkartell.

Der handelspolitische Ausschuss des Reichstages erledigte am Freitag die chemischen Produkte und begann mit dem großen Kapitel „Eisen und Eisenwaren“.

Die Debatte wurde mit vertraulichen Erklärungen der Regierung über den Stand der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen eröffnet, soweit dabei die Eisenindustrie in Frage kommt. In bezug auf die Verhandlungen zwischen der Eisen schaffenden und Eisen verarbeitenden Industrie, worüber Genosse Hüfner eine Auskunft verlangte,

Schwieg sich die Regierung aus

mit der Begründung, daß diese Verhandlungen noch zu sehr im Fluß seien. Darüber entspann sich eine längere Debatte, in der auch das Zentrum die Forderung der Linken nach näheren Angaben unterstützte, während die Volkspartei durch den Abg. v. Raumer unter anderem erklärte, daß diese Vereinbarungen präventivcharakter Natur seien und deshalb nicht der Zuständigkeit des Reichstages unterläßen. Die Regierungsvertreter hatten während einer Besprechung mit dem Reichstagskanzler wegen dieser Frage; als sie zurückkehrten, redeten sie erneut um die ganze Sache herum und erklärten am Ende sogar, daß die Verhandlungen zwischen Eisen schaffender und Eisen verarbeitender Industrie mit der Zollvorlage nicht das geringste zu tun hätten.

Daraufhin richtete Abg. Lammer (Z.) die Frage an Abg. v. Raumer, ob er nicht über die Sache berichten könne, namentlich in bezug darauf, wie weit durch die Vereinbarungen der Eisenbezug für die verarbeitende Industrie sichergestellt würde. Dem entsprach dann auch dieser Führer der Eisen verarbeitenden Industrie, wobei er sich jedoch ebenfalls Vertraulichkeit ausbedingte. Raumer ließ seinen Zweifel darüber, daß ein scharfer Interessengegensatz zwischen beiden Industrien besteht, daß jedoch die Verbraucher über den Charakter der Vereinbarungen beruhigt sein könnten, da die Eisen verarbeitende Industrie auf den Export und damit auf möglichst niedrige Preise angewiesen sei. Er betonte weiterhin, daß die Ausföhrung des Abkommens durch die Eisen schaffende Industrie abgewartet werden müsse und daß er gern bereit sei, die Regierung durch Annahme einer Entschließung zu veranlassen, schnellstens die endgültige Zollvorlage einzubringen. Abgesehen davon sieht auch er das Ziel in einem europäischen Eisenkartell.

Ergänzend dazu teilte die Regierung mit, daß auch der Eisenhandel an den Verhandlungen beteiligt sei. In der Generaldenote selber sprach zunächst Genosse Dittmann. Er betonte die Bedeutung der ganzen deutschen Eisenindustrie, indem er darauf hinwies, daß darin zwei einhalb Millionen Menschen beschäftigt seien, und der Export dabei eine große Rolle spiele. Umso strenger müßten die Eisenzölle durchgesehen werden, weil sie eine allgemeine Verteuerung hervorrufen. Das sei um so notwendiger, als die Eisen verarbeitende Industrie in hervorragendem Maße von der Eisen schaffenden Industrie abhängt, die anscheinend vor den Rohstoffproduzenten die Segel gefahren hätten. Darüber hinaus führten die Zölle nur dazu, den Export zu erschweren, und starke Konflikte mit dem gesamten Ausland herbeizuföhren. Die Eisenindustrie werde gewiß ebenso unter der Wirtschaftskrise wie die übrigen Industrien, aber das sei eine internationale Erscheinung und durch Zölle in keiner Weise zu beheben, wohl aber nach zu verschlechtern. Die Betriebe müßten durchorganisiert, die Waren normiert werden, damit die Preise sinken, und die Kaufkraft der Verbraucher steigt. Die Sozialdemokratie lehne daher aus allen diesen Gründen die Eisenzölle ab im Interesse der Wirtschaft und der Verbraucher.

Das Ende eines Kummels.

Die Porzellanmanufaktur im Hauptausschuß.

Wer entsinnt sich nicht der großen Auseinandersetzungen, die im Vorjahre bei der Beratung des Haushaltsplanes der Staatlichen Porzellanmanufaktur gepflogen wurden und des großen Geschreis, das von der Rechtsprelle über angebliche ungeheuerliche Mißstände in der Porzellanmanufaktur gemacht wurde. Damals wurde ein besonderer Untersuchungsausschuß eingesetzt, der die „schweren“ Verfehlungen des Direktoriums der Porzellanmanufaktur, verschiedener Minister usw. untersuchen sollte. Um so bezeichnender ist es, daß bei der letzten Beratung im Hauptausschuß von allen Fraktionen, insbesondere auch von den Fraktionen der Rechten, dringend gewünscht wurde, man möge doch die ganzen Angelegenheiten — die im vorigen Jahre so ungeheuer wichtig dargestellt wurden — nun endlich ruhen lassen! Man einigte sich schließlich dahin, daß im Plenum des Landtages die Entschließung des Untersuchungsausschusses ohne Debatte zur Kenntnis genommen werden soll.

Der englisch-russische Gegensatz.

Die innerpolitische Wirkung.

Von unserem Londoner Korrespondenten wird uns geschrieben:

Die Atmosphäre äußerster Spannung, die nach einer Zeit des Waffenstillstandes zwischen England und Moskau herrscht und in den Reden Lord Birkenheads und Tschitcherins Ausdruck fand, hat zu Gerüchten geführt, daß das britische Kabinett in seiner jüngsten Sitzung beschlossen habe, eine Note an die Sowjetregierung zu senden, in der gegen die Propaganda im Fernen Osten in schärfster Weise protestiert wird. In politisch gut unterrichteten Kreisen verläutet, daß dies Gerücht den Tatsachen nicht entspricht, zumindest voraussieht. Es ist zwar richtig, daß anlässlich der jüngsten Beratungen im Kabinett die bolschewistische Propaganda im Osten im Vordergrund stand und daß im Kabinett darüber Einigkeit herrscht, die chinesischen Unruhen hätten ohne das Hineinspielen der bolschewistischen Propaganda niemals den gegenwärtigen Umfang und Charakter annehmen können. Besteht über diese Tatsachen zwar Einigkeit, so sind die Meinungen im Kabinett jedoch über die Zweckmäßigkeit eines Eingreifens gegen Moskau geteilt: während ein Teil des Kabinetts, das übrigens schon die ganze Zeit an innerer Uneinigkeit viel zu leiden hat, nicht nur die Abwendung einer solchen Note, sondern darüber hinaus die sofortige Aufhebung der diplomatischen Rechte für russische Diplomaten, also indirekt einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Rußland überhaupt befürwortet, ist der andere Teil des Kabinetts — zu dem auch der Staatssekretär des Aeußern Chamberlain gehören soll — der Meinung, daß ein solcher Schritt nur geeignet wäre, die antibritische Propaganda, die Moskau in den Kolonien, in Ägypten und Indien entfaltet, über das bisherige Maß hinaus zu verschärfen, da dann alle zurzeit bestehenden Rücksichten auf die offiziellen diplomatischen Beziehungen fortfallen würden.

Die russisch-englische Spannung hat für England eine besondere Bedeutung: während bis vor kurzem die britische öffentliche Meinung das Problem Moskau hauptsächlich unter innerpolitischen Gesichtspunkten gesehen hat, beginnt man sich nunmehr klar zu werden, daß für England die Moskauer Propaganda viel weniger eine innerpolitische Gefahr als ein kolonialpolitisches Problem darstellt. England selbst ist aller menschlichen Voraussicht nach vom Kommunismus nicht gefährdet, hingegen wird es immer deutlicher, daß im Zerlegungsprozeß des britischen Empire der Bolschewismus ein wichtiges Ferment darstellt. In dem Moskau überall dort, wo politische Schwierigkeiten auftreten, wo sich eine Spannung zwischen den erwachenden Nationalitäten und London ergibt, mit verstärkter Propaganda einsetzt, übersteigert es den Prozeß und gefährdet die Möglichkeiten friedlicher Lösungen. Es ist nicht schwer vorauszusagen, daß dies, einmal erkannt, der antikommunistischen Propaganda einen viel stärkeren Anstoß und eine viel stärkere Kraft verleihen wird, als alle Versuche der Komintern in England selbst zu agitieren und Unheil anzustiften!

Russische Besorgnisse.

London, 10. Juli. „Daily Express“ zufolge ist man in russischen Regierungskreisen über die drohende Störung der diplomatischen Beziehungen zu Großbritannien beunruhigt und Rasowski sei angewiesen worden, den Versuch zu einer engeren Gestaltung sowohl der diplomatischen als auch der Handelsbeziehungen zu machen.

Berichtigung. In dem gestrigen Bericht über die Rede des Genossen Kirshmann sind zwei Irrtümer unterlaufen. Es muß heißen: Aus dem besagten Gebiete waren ausgewiesen 160 000 Personen, davon allein 140 000 Eisenbahner einschließlich ihrer Familienangehörigen. Außerdem: für die Wohnungsbauten sind nicht 30 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, sondern einschließlich der neubewilligten 8½ Millionen Mark 13 Millionen. Die 30 Millionen waren errechnet von den Landesversicherungsanstalten als notwendige Summe zur Durchführung beantragter Kurten.

Jeden Morgen.

Jeden Morgen, wenn die Stadt erwacht und Millionen ins Wertwerk schleudert, Gehe auch ich in der endlosen Reihe und stürze hin in die Arbeit.

Wir fahren über und unter der Erde hin zu den Bureaus und großen Fabriken, Die schweren Autos hüffeln über die Straßen, Die Stadibahnzüge sind überfüllt.

In diesem großen, mächtigen Atemholen Der Arbeit am frühen Morgen Gehen wir hin, Männer und Frauen, Mädchen, Jünglinge und halbe Kinder.

Gärten gibt es und Hügel mit Wiesenschaumkraut, Bibliotheken, Honigwabens des Wissens, Meere, Smaragden und blau, Tanzplan der Stürme, Schiffe fahren vom Norden zum strahlenden Süden...

Wir, eingeschmiedet im Werk, wissen es kaum, Manchmal stößt durch das offene Fenster ein Wind, Der um die Brüste funkelnder Berge spielte Und Glanz und Duft schöner Blumen mitbringt.

Manchmal halten wir inne im Schaffen, Laut hämmert das Herz, und hinter den eisernen Türen, Den großen Maschinen, sehen wir Licht. Aufsteigt eine neue plasmende Sonne.

Max Barthel

Neuordnung der Antiken-Sammlung.

Die Sammlung der antiken Bildwerke im Berliner Alten und Neuen Museum hat in der letzten Zeit eine durchgreifende Neuordnung erfahren. In früherer Zeit war es hier das Bestreben, alle in den Berliner Museen vorhandenen Stücke als Bausteine für die griechische Kunstgeschichte zu bewerten. Aber mit den Jahren wuchs die Einsicht, daß ein Kunstmuseum anderen Absichten dient als eine archäologische Sammlung von Abwässen, daß Kopien und Originale möglichst zu trennen sind und daß schlechte Kopien — und die meisten sind schlecht — ins Magazin gehören. So wurde immer wieder gefordert und das minder Wertvolle bis auf einige unentbehrliche Lädenbücher ausgetrennt. Das Ergebnis dieser Sichtung ist die nun abgeschlossene Neuauflistung, über die Prof. Bruno Schröder im neuen Heft der Berichte aus den preussischen Kunstsammlungen referiert.

Mit den Werken der römischen Zeit hat Wajinger die Neuauflistung im Ostflügel des Alten Museums begonnen. Schröder hat dann die Werke der griechischen Bildwerke auf die Säle verteilt. Die herrliche Rotunde Schinkels erhielt im unteren Umgang die großen, dekorativ wirkenden Stücke und oben, in den

wiedergeöffneten Räumen, die früher durch die Teppiche Raffaels verdeckt waren, kleinere Arbeiten, meistens idyllischen Charakters. In den neuen Räumen der Helen-Sammlung im Neuen Museum wurde eine größere Anzahl von Bildwerken aufgestellt, so daß sie sowohl dekorativ wirken und das Einerelei der Vaseschränke angenehm unterbrechen, als auch allgemein zugänglich geblieben sind, ohne die Wirkung der originalen Bildwerke zu schädigen. Ein Saal ist dort zu einer Bildnisgalerie umgestaltet worden, in der sich mehrere der größten Griechen finden, darunter ein neuentdeckter Aristoteles als Mann von jüngeren Jahren. Und an den römischen Köpfen läßt sich die Entwicklung der römischen Vorträtskunst bequem ablesen. Die kleineren Arbeiten und Bruchstücke wurden im Vorraum des Antiquariums im Oberstock des Alten Museums aufgestellt, wo sie zu der Kleinplastik der Terrakotten überleiten.

Die Werke aus der Zeit der römischen Republik wurden von der Kaiserzeit getrennt und in den griechischen Saal übernommen, wohin sie mit ihrem Realismus als Erzeugnisse einer zu Ende gehenden Epoche gehören. Der römische Saal beginnt nun mit dem Klassizismus der Zeit des Augustus, in seinen weiteren Abteilungen stehen Werke mit immer stärkerer Tendenz nach materialistischer Wirkung abwechselnd mit archaischeren und reaktionärer klassizistischer Arbeiten, und mit dem Bildnis des Kaisers Arcadius schließt die antike Entwicklung ab, zugleich mit einem Ausblick auf die byzantinische Kunst.

Auch der Zustand der Bildwerke wurde gründlich geändert. Schon unter der Museumsdirektion Kekules von Stradonitz waren viele der störenden Ergänzungen aus der Periode von Rauch und Lied entfernt worden. Dies wurde fortgesetzt, namentlich wurden viele Bildnisstücke von ihren barocken Büsten genommen und dadurch die Einordnung in den zeitlichen Zusammenhang ohne Fälschung der originalen Wirkung erst möglich. Andere Köpfe wurden auf Grund der Halsmuskulatur in die richtige Stellung gebracht und dadurch erst wieder ihres ursprünglichen Ausdruckes teilhaftig. Auch die lange als Viren der Echtheit hochgeschätzten Einzierarbeiten wurden beseitigt — nicht, wie es früher geschah, mit Säuren, sondern unter Beobachtung aller Vorsicht mit medizinischen Mitteln, und schließlich wurden Hals und Ohren, wo ihr Fehlen die ästhetische Wirkung zu sehr störte und wo sich der ursprüngliche Zustand mit einiger Gewißheit feststellen ließ, in Gips ergänzt.

Damit ist nun die ganze Sammlung nach einheitlichen Grundsätzen aufgestellt und die Entwicklung der antiken Bildhauerei vom ersten bis zum letzten Saal zu verfolgen. Es war das Bestreben, die schöne schinkelische Architektur möglichst wenig in ihrer Wirkung zu beeinträchtigen und so eine Sammlung zu schaffen, die nicht durch Ueberfülle oder betonte lehrhafte Absichten ermüdet, sondern im Einklang mit ihrem Rahmen durch Güte, originale Arbeit, unaufdringliche zeitliche Abfolge und ruhig wirkende Anordnung zum Genuß der Antike einlädt.

Der letzte deutsche Richterhandel fand vom 12. bis 15. September in Augsburg statt. Eröffnen werden Oberreichsanwalt Dr. Obermeyer über den Entwurf eines neuen deutschen Strafgesetzbuchs, Landgerichtsdirektor Dr. Wunderlich-Debsa, W. v. A. über die Stellung des deutschen Richters, Oberlandesgerichtsrat Prof. Dr. Silberstein-Wangen über den letzten Entwurf zum Arbeitsgerichtsgesetz.

Studium ohne Reiseprüfung. Bekanntlich hat das preussische Kultusministerium vor zwei Jahren Bestimmungen erlassen lassen, nach denen es besonders befähigten Personen mit hervorragender wissenschaftlicher Begabung und guter Allgemeinbildung möglich ist, ohne Reisezeugnis zum Universitätsstudium und zu den betreffenden Prüfungen zugelassen zu werden. Wie wir erfahren, werden diese Vorschriften, die sich anscheinend bewährt haben, demnächst auf die landwirtschaftlichen, tierärztlichen und forstlichen Hochschulen ausgedehnt werden. Eine solche Maßnahme wird im Interesse derer, die aus einem früheren Grunde nicht das Reisezeugnis erwerben konnten, lebhaft zu begrüßen sein. Die Anträge sind an die Prüfungsstelle für die Zulassung zum Studium ohne Reisezeugnis, Berlin, Unter den Linden 4, zu richten.

Die Laotook-Gruppe im Vatikan nur eine Nachbildung? Ganz Paris bewundert zurzeit die Ausstellung altgriechischer Kunstwerke, die Graf Wladimir de Grunisen, der ehemalige Direktor des russischen archäologischen Instituts in Rom, in der Galerie Wing ausgestellt hat. Was besonders die Aufmerksamkeit der Kenner auf sich lenkt, ist ein Laotook-Kopf aus pentelischer Marmor, ein Werk des Bildhauers Apelander aus Rhodes, das aus dem zweiten Jahrhundert vor Christi stammt. Vieles spricht dafür, daß dieser Kopf ursprünglich der Originalgruppe angehört, die das Gesicht des Laotook und seiner beiden Söhne darstellt und heute einen der herrlichsten Schätze des Vatikanischen Museums in Rom bildet. Schon früher lenkte sich die Aufmerksamkeit auf die Gruppe, wegen der Ähnlichkeit in Auffassung und Behandlung mit den später aufgefundenen Skulpturen von Pergamon, und weil man in Laotook besonders die Nachbildung einer Figur und eines Kopfes des pergamenischen Altartrieses zu erblicken glaubte. Wenn der in Paris aufgestellte Kopf wirklich der ursprünglichen Gruppe angehört, so würde damit der Beweis erbracht sein, daß es sich bei der Vatikanischen Laotook-Gruppe nur um eine, allerdings wunderhübsche Kopie handelt, die unter Kaiser Hadrian entstanden sein dürfte.

Lychnostoff. Man kennt die grausame Selbsthilfe, die in den entlegenen Gegenden des amerikanischen „Wilden Westen“ von jeher insbesondere gegen Schwarze geübt wurde und man weiß auch, daß diese Justizmethoden hier und da noch in den letzten Jahren angewandt worden ist. Welche Opfer diese grausame Justiz gefordert hat, kann man aus einer neuerdings veröffentlichten Lychnostoffschliche. Obwohl sie erst mit dem Jahre 1885 — also zu verhältnismäßig spätem Zeitpunkt einsetzt, zählt sie für dies Jahr noch 4203 Fälle von Lychnostoff. Fast genau ein Viertel davon waren Weiße, der Rest Neger. Selbsten hat sich die Zahl naturgemäß verringert, aber es überrascht doch, zu hören, daß der Durchschnitt an Lychnostoff in den letzten 40 Jahren immer noch 105 beträgt. 1926 soll ein „lynchless year“ werden, ein Jahr ohne Lychnostoff, und man hat bereits mit einer starken Propaganda dafür begonnen.

Der deutsche Stenographenbund Gabelberger hält vom 25. bis 28. Juli in München seinen 12. Bundestag ab, der durch seine Stellungnahme zur Einheitskurzschrift, nachdem sich ein Bundesoberreferentverammlung der Gabelberger Schule bereits für die Einheitskurzschrift ausgesprochen hat, besondere Bedeutung erlangen wird. Dem Ehrenauswahlgang der Tagung gehören u. a. der Ministerpräsident Dr. Goll und der Kultusminister Dr. Ratt an.

Marokko-Kredite bewilligt.

Paris, 10. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Kammer hat in einer Nachtigung die Kredite für Marokko mit 411 gegen die 29 Stimmen der Kommunisten angenommen. Die sozialistische Fraktion sowie etwa 30 Abgeordnete der bürgerlichen Fraktionen haben sich der Stimme enthalten. Für die Sozialisten sprachen im Laufe der Debatte die Abgg. Renaudel und Léon Blum.

Renaudel

führte aus, daß die Notwendigkeit der öffentlichen Meinung ihren Grund vor allem in der Furcht vor einer weiteren Ausdehnung der Operationen und vor internationalen Bewidlungen habe. Die spätere Neubefehung des militärischen Oberbefehls in Marokko und die Abfallbewegung der bisher treugebliebenen Stämme zeige, daß die Operationen in Marokko bisher nicht so geführt worden sind, wie es offenbar notwendig gewesen wäre. Die Regierung hätte von Anfang an Abd el Krim ins Unrecht setzen müssen, indem sie durch Bekanntgabe ihrer Friedensbedingungen hätte zeigen können, daß er es sei, der die Verantwortung für das unnütze Blutvergießen trage. Auf die Anspielung des Redners auf die Käumung von Taza erwiderte

Painlevé

daß die Stadt einstweilen nur von den Frauen geräumt worden sei; aber selbst, wenn wider alle Voraussicht Taza vom Gegner besetzt werden würde, sei auch dies kein Grund, den Kopf zu verlieren, da Abd el Krim sehr rasch gezwungen werden würde, es wieder zu räumen. Frankreich habe keinerlei Eroberungsabsichten. Es wöhre sich jedoch gegen den in sein Gebiet getragenen Angriff. Frankreich habe das Bestreben, mit Abd el Krim zu einem Uebereinkommen zu gelangen, das es allen Bewohnern Marokkos ermögliche, in Frieden zu leben. Nach Schluß der Generaldebatte begründete

Leon Blum

die von der sozialistischen Fraktion beschlossene Stimmenthaltung. Die Fraktion könne und wolle nicht gegen die Kredite stimmen. Auf der einen Seite habe sie zwar die Politik der parlamentarischen Unterstützung und die Haltung, die sie bisher der Regierung gegenüber eingenommen habe, aufgegeben, aber sie wolle deshalb keineswegs systematische Opposition treiben. Auf der anderen Seite habe die Fraktion trotz der Vorbehalte, zu der sie die Marokkopolitik der Regierung zwingt, und trotz der Enttäuschung, die ihr besonders die Beibehaltung des Marschalls Spaulhug verursacht habe, Vertrauen in den Friedenswillen der Regierung, zumal da der Ministerpräsident als Grundlage für den künftigen Frieden die Unabhängigkeit des Rijs und der um Abd el Krim gescherten Stämme ausdrücklich anerkannt habe. Es stehe fest, daß Frankreich in der Abwehr eines Angriffs stehe. Deshalb könne sich die Fraktion, wenn sie auch nicht für die Kredite stimmen könne, nicht entschließen, sie abzulehnen. Ihre Haltung sei ausschließlich von Prinzipien und der Tradition bestimmt. Die Regierung befinde sich jedoch im Irrtum, wenn sie glaube, daß die französische Kolonialpolitik die Zustimmung aller Parteien habe. Die Sozialisten seien von jeher gegen die Kolonisierung gewesen, in der sie eine moderne Form des Imperialismus sehen. Jeder Franzose wöhne zwar die Ausdehnung der französischen Kultur, aber die militärische Befehung eines Landes sei nicht das richtige Mittel hierzu. Genau wie die sozialistische Fraktion sich vor einem Jahr bei den Wählerkreisen der Stimme enthalten habe, müsse sie auch diesmal die politische Verantwortung für eine Maßnahme ablehnen, mit der sie nichts zu tun haben will.

Trotz „Mieterschutz“!

Was ein Hauswirt unter den Augen der Polizei fertig brachte.

In Frankfurt hat ein Hauswirt, der Eigentümer des Grundstücks Bruchwälder 2, sich gegen einen Mieter eine Selbsthilfe erlaubt, die in unserer Zeit des sogenannten „Mieterschutzes“ beträchtliches Aufsehen erregt hat.

Er hatte eine durch Ausbau des Dachgeschosses gemauerte kleine Wohnung an eine Familie vermietet, aber nach einigen Monaten erklärte die Baupolizei, daß wegen Feuergefährlichkeit die weitere Benutzung der Wohnung nicht geduldet werden könne. Als die Verluße des Mieters, durch Vermittlung des Wohnungsamtes eine andere Wohnung zu erhalten, sich ein Vierteljahr hingezogen hatten, beschloß der Wirt, der Sache ein Ende zu machen. Er setzte eine Räumungsfrist, gewährte hinterher noch Aufschub, verlangte aber schließlich, daß binnen einer Stunde die Stube ausgeräumt, die Möbel in einer kleinen Kammer untergebracht und der Stubenschlüssel abgeliefert würde. Der Mieter und seine Frau wollten nun das 1 1/2 Jahre alte Kind bei Bekannten unterbringen, doch mißlang das, so daß sie fürchten mußten, mit dem Kind in der Nacht obdachlos zu sein. Als sie abends um 9 Uhr mit dem Kind zurückkehrten, fanden sie in der Bodentür das Schlüsselloch durch einen Holzkeil verschlossen. Der Mieter kletterte über das Dach durch ein Fenster in die Stube und öffnete von innen die Tür, worauf sich Ehepaar und Kind ins Bett legten. Nachts um 10 Uhr wurden die Unruhigen unanständig aufgeschreckt. Der Wirt begehrte Einlass, mitgebrachte Polizei gab seinem Wunsch den nötigen Nachdruck und dem Ehepaar blieb nur übrig, aufzustehen und zu öffnen. Gegenüber den Hinweisen des Wirtes auf sein vermeintliches Recht, hielt wohl der Schutzpolizeibeamte sich für machtlos und das Ende war, daß die beiden Eheleute ihren Widerstand aufgaben und zur Nachtzeit als Obdachlose mit dem Kind auf die Straße gingen. Auf ihre Frage, wo sie nun Unterkunft finden sollten, sagte ihnen der Polizeibeamte: „Wenn sie nichts weiter haben, kommen Sie mit zur Wache“. Die Eheleute nahmen diesen Vorschlag an und brachten dann die Nacht in der Wachtstube auf zwei Feldbetten zu, inmitten der Schutzpolizeibeamten, die dort ein- und ausgingen und auf den anderen Feldbetten nächtigten. Am nächsten Tage lehten sie ihre Bemühungen fort, eine andere Wohnung zu erhalten. Nachdem sie in der darauffolgenden Nacht bei einer ihnen bekannten Familie ein Quartier gefunden hatten, gelang es dem eingreifenden Schutzpolizeibeamten, die Zusammenkunft in der Wohnung im Bezirk Kreuzberg zu ermitteln. Für den Umzug stellte das Wohlfahrtsamt ein Postauto, aber sehr wollte der Wirt wegen einer Mietschuld die Möbel nicht herausgeben. Erst als durch eine Fürsorgeangestellte das Geld bezahlt worden war, konnte der Umzug bemerkt werden.

Das Vorgehen des Frankfurter Hauswirtes ist ein lehrreicher Beitrag zu dem Kapitel „Mieterschutz“. Und da schreien Hauswirte, daß sie gegenüber Mietern „wehlos“ seien. Richtig ist, daß gegenüber solchem Vorgehen eines Hauswirtes ein Schutzpolizeibeamter keine Machtbefugnisse zu haben glaubt.

Nächtlicher Fabrikbrand in der Reichenberger Straße.

In der letzten Nacht stand in der Reichenberger Straße 64, unmittelbar neben der Feuerwache 8, ein Fabrikgebäude auf dem Hofe in großer Ausdehnung in Flammen, und in der Kolberger Straße 5 brannte ein Seitenflügel mit angrenzendem Quergebäude in großer Ausdehnung. Als die Wehr eintraf, brannten im Quergebäude im 2., 3. und 4. Stock die Tischlerei von Brindel u. Lange, die Sauschneiderei von Keller u. Seiner und die

Mordprozeß Angerstein.

R. Limburg a. d. Lahn, 10. Juli.

Der gestrige Tag bedeutete ein Fiasto für die Verteidigung, wohl wie für den psychologischen Sachverständigen. Angerstein hatte die Hochstellung der hessen-nassauischen Bergwerk- und Industriegeellschaft angekündigt, in deren Interesse er Vertragsfälschungen begangen haben wollte und die ihn hinterher zum Opfer von Erpressern gemacht haben sollten. Alles hat sich als Lug und Trug erwiesen. Angerstein hat einfach alle Gelder, die er Erpressern gezahlt haben will, ebenso wie die Grundstücke, die er für andere angekauft zu haben vorgab, für sich nutzbar gemacht. Für sein Phantasieleben ist es aber charakteristisch: Ein frecher Räuber, Erpresser — man ist versucht, an einen eigentümlichen seelischen Komplex zu denken, der das Gebiet der Verfolgungswahnvorstellung hart streift. Jedenfalls hat Angerstein heute eine wichtige Schlacht verloren. Am Schluß der Sitzung war er schon ganz kleinlaut. Vermittelt schien auch seine Verteidigung. Man mußte sich fragen: Was ist geschehen? Reichten 4000 unterfahlgene Mark nicht zur Motivierung eines achtfachen Verdachtes aus, so tun dies etwa 14 000 Mark? Ein vielleicht noch größeres Rätsel als der Angeklagte sind vorläufig vielleicht diejenigen, die berufen sind, das Problem Angerstein zu lösen. Es hat manchemal den Eindruck, als seien die psychiatrischen Sachverständigen mit einer so festgesetzten Meinung in den Gerichtssaal gekommen, daß sie höchstens noch interessiert sind, Material zur Begründung dieses bereits fertig mitgetragenen Gutachtens zu finden. Als gestern im Laufe von zwei Stunden Angersteins Bruder, der Ingenieur Max Angerstein mehr über sich und das Unglück sprach, das über ihn und die Familie durch die Tat seines Bruders hereingebrochen ist, als über den Angeklagten selbst, von dem er eigentlich nichts Gutes weiß, kam der Gegenpart der „Schulen“ zum Ausdruck. In bezug auf die Fragen, die der Psychoanalytiker Professor der Psychologie Dr. Herberich dem Zeugen unter Ausschluss der Öffentlichkeit stellen zu müssen, erklärte der Professor der Psychiatrie Dr. Regle, daß sie weder an den Fragen des psychologischen Sachverständigen, noch an dem Ausschluss der Öffentlichkeit Interesse hätten. Ueberhaupt, meinte er, bestehe ein grundsätzlicher Gegensatz zwischen der klinischen Schule der Psychiatrie, zu der er und sein Kollege Professor Dr. Fehrmärker gehören, und der anderen, die Professor Dr. Herberich vertritt. Später verbesserte er sich: man könne ja überhaupt nicht von einem Gegensatz der Schulen sprechen, da Professor Dr. Herberich ja nicht Arzt sei. Das war das Vorbild zu heute. Da sollen die anderen Verwandten des Angeklagten vernommen werden. Die können mehr auslegen. Doch um Antwort zu erhalten, muß man fragen wollen und zu fragen verstehen. Die einen wollen kluge Fragen stellen, die anderen verstehen nicht diese Kunst, die gelernt werden will. So bleibt Angersteins Verbrechen ein Rätsel. Er wird es gleich Haarmann mit ins Grab nehmen.

Verhandlungsbericht.

Limburg a. d. Lahn, 10. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Zum heutigen 3. Verhandlungstag des Angerstein-Prozesses war des Chefs des preussischen Landespolizeiamts, Regierungsdirektor Dr. Weich aus Berlin, erschienen. Die Fortsetzung der Beweisaufnahme brachte zunächst die Vernehmung einer ganzen Gruppe von Zeugen, die über das Vorleben und den Rumor und des Angeklagten sowie über das Familienleben im Hause Angersteins Angaben machten. Bürgermeister Nitz aus Hainau bekundete, daß in dem Städtchen über Angerstein allerlei fessame Gerüchte im Umlauf gewesen seien, wonach Frau Angerstein allmählich ver-

giftet worden sei, ferner, daß der Angeklagte in einer früheren Brandversicherungsjahre einen Reineid geleistet habe. Es haben sich aber doch nicht die geringsten Anzeichen dafür ergeben, daß irgend etwas Wahres an den Gerüchten sei. Die Angaben weiterer Zeugen entwarfen im allgemeinen ein gutes Bild von dem Familienleben im Hause Angerstein. Der Angeklagte sei ein liebenswürdig-ger zuvorkommender Mann gewesen, der mit seiner allerdings sehr franken Frau immer gut gelebt habe und von ihr auch sehr geschätzt worden sei. Allerdings sei die Frau immer sehr aufgereggt gewesen und habe Angst vor Ausbruch von Feuer oder Einbrechern gehabt. Beide Eheleute waren sehr fromm. Dann wurde

der Bruder der Frau Angerstein,

der Elektrotechniker Gottlieb Barth, vernommen, der das Eheleben zwischen seiner Schwester und seinem Schwager als ein sehr gutes bezeichnete. Seine Schwester habe sich immer sehr lobend über ihren Mann ausgesprochen. Unstimmigkeiten habe es nur immer hinsichtlich der Mutter gegeben, die wegen der Schwäche der Frau Angerstein den Haushalt führte, die sich aber ihre Aufgabe nicht richtig einzuteilen verstand und öfter das Essen anbrennen ließ, worüber sich dann Frau Angerstein immer sehr aufregte. Mit den Grundstücksankäufen und mit der Einrichtung eines landwirtschaftlichen Betriebes sei Frau Angerstein nicht einverstanden gewesen. Acht Tage vor dem Mord, so gab der Zeuge an, habe seine Mutter noch erzählt, daß Angerstein fürchte, seine Stellung zu verlieren, weil sich in der Aktienmehrheit der Firma eine Aenderung vollzogen habe. Der Vorsitzende brachte dann den Brief aus, Erörterung, der kurz vor der Tat bei Frau Angerstein eintraf und sie sehr aufgeregt haben soll. Der Zeuge erklärte hierzu, daß dieser Brief nicht von den Beschlarten Verwandten stammen könne, allerdings hätten sie in Wehlar viele Freunde, so daß die Möglichkeit bestehe, daß von dieser Seite irgend welche Hege getrieben worden sei. Es kam dann noch zur Sprache, daß der Zeuge Kommunist ist, womit seine Mutter aber nicht einverstanden war. Angerstein selbst hat sich jedoch, wie der Zeuge erklärt, nicht politisch betätigt. Der ehemalige Lehrer des Angeklagten, Oberlehrer Schneider, schilderte Angerstein als einen mittelguten Schüler, als einen sehr stillen und ruhigen Menschen mit träumerischer Beranlagung, der sich aber als sehr zuverlässig erwies und niemals hätte bestraft werden brauchen. Der Vater des ermordeten Dienstmädchens, der Polizeiwachmeister a. D. Stall, gab an, daß seine Tochter sich sehr lobenswert über die Familie Angerstein ausgesprochen habe. Die beiden Eheleute hätten nach ihrer Auffassung wie die Kinder gelebt. Jeden Sonntag, den der Mann seiner Frau von den Augen abgelesen habe, habe er ihr erfüllt und sie auf den Händen getragen. Methodistenprediger Uygold, der jetzt in Heidelberg wohnt, bekundete, daß Frau Angerstein der Methodistengemeinde angehört habe, der Angeklagte dagegen nicht. Der Angeklagte habe seine Frau gut behandelt und ihr alle Wünsche erfüllt. Sie selbst sei eine liebenswürdige, hilfsbereite Frau gewesen, die aber zur Melancholie neige. Besonders habe sie immer hervorgehoben, daß ihr Mann so treu für ihre Mutter und Schwester sorge. Allerdings hat die Ueberlieferung nach Haiger in dem Zeugen den Eindruck erweckt, als ob dort

der Betrieb dem Angeklagten über den Kopf wuchs.

Barth: Hat der Angeklagte freigebige Stiftungen für religiöse Zwecke gemacht? — Zeuge: Ja wohl, während der Inflationszeit hat er einmal zum Bau von zwei Kapellen in Dillenburg eine Anleihe von 50 000 Mark gegeben und sie uns später geschenkt.

Kein Weichfeldammbruch in Westpreußen.

Danzig, 10. Juli. (Til.) Erkundigungen in Marienwerder haben ergeben, daß für die Weichfeldniederung im Restteil Westpreußens keine Gefahr besteht. Nach Aussagen des Deichhauptmanns von Marienwerder sind die Dämme noch so intakt, daß sie den Fluten des Hochwassers widerstehen können. In besonders gefährdeten Stellen ist natürlich für die nötige Bewachung gesorgt. Es besteht aber die Zuversicht, daß die Dämme, nachdem sie der Hauptwelle widerstanden haben, auch für die nächsten Tage standhalten können.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, und „Der Kinderfreund“ liegen der heutigen Postauflage bei.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Januaristen. Gruppe Schöneberg. Heute, Freitag, den 10. Juli, beimabend um 8 Uhr im Stadtsaal, Volkshausraum. Referat über die politische und wirtschaftliche Lage der außerpreussischen Länder.

Gewerkschaftsbewegung

Die Lohnverhältnisse der Landarbeiter.

Woraus sich die Abwanderung vom Lande erklärt.

Die Herren Landwirte stellen es so dar, als ob sie jetzt am Ende ihrer Existenz stehen. Kein Stand habe nach ihrer Meinung so stark mit den Wirtschaftsknoten zu kämpfen wie sie. Die Hilfeleistung für sie müsse deshalb geradezu als eine zwingende Notwendigkeit angesehen werden.

Das hört sich zweifellos sehr rührend an, und der Laie ist geneigt, es fast zu glauben. Sieht man sich die Dinge jedoch etwas genauer an, wird man bald eines Besseren belehrt werden. Dann wird man nämlich finden, daß nicht die Landwirte, sondern die Landarbeiter als der Stand anzusehen sind, der heute die traurigsten Lebensbedingungen hat.

Von dieser Tatsache wird man überzeugt, wenn man sich die Lohnzahlen ansieht, die in Nr. 12 des „Landarbeiter“, dem Organ des Deutschen Landarbeiterverbandes, erwähnt werden. Hier- nach verdient ein vollwertiger verheirateter Deputatarbeiter im Monat Mai einen Gesamtstundenlohn von 31,27 Pf. in Schlesien, von 33,14 Pf. in Ostpreußen, von 34,83 Pf. in Brandenburg und von 35,96 Pf. in Schleswig-Holstein. Bei Betrachtung dieser Zahlen muß beachtet werden, daß an vielen Orten ein Deputatarbeiter nur dann als vollwertige Arbeitskraft eingeschätzt wird, wenn er dem Arbeitgeber noch ein oder zwei jugendliche Hofsänger zur Verfügung stellt. Der Deputatarbeiter gab man im Monat Mai einen Gesamtstundenlohn von 13 Pf. in Schlesien, von 15 Pf. in Ostpreußen, von 12 Pf. in Brandenburg und von 18 Pf. in Schleswig-Holstein. Der vollwertige Arbeiter, das ist ein Arbeiter, der in der Hauptsache nur Verdienst bekommt, verdient im Monat Mai einen Gesamtstundenlohn von 34 Pf. in Schlesien, von 32,44 Pf. in Brandenburg, von 34 Pf. in Schleswig-Holstein und von 33,44 Pf. in Ostpreußen.

Das sind geradezu empörende Zahlen. Ihre Wirkung wird noch gesteigert, wenn man sich vergegenwärtigt, wie anstrengend gerade der Beruf eines Landarbeiters ist. Ueber die Gründe, die jetzt die starke Abwanderung vom Lande auslösen, braucht man sich unter solchen Umständen nicht mehr den Kopf zu zerbrechen. Sie liegen klar zutage. Die Landarbeiter hatten es unvereinbar mit ihren Lebensinteressen, weiterhin unter solchen Verhältnissen zu vegetieren. Das ist verständlich und kann ihnen nicht übergenommen werden.

Wären die landwirtschaftlichen Unternehmer die weislichen Leute, für die sie gehalten sein wollen, müßten sie sich schnellstens umstellen. Sie müßten begreifen, daß nichts länger wäre und

Unnötige Prozesse!

Beanztragte Strafe: 3 Goldmark.

Die neueren Bestimmungen über Abbau und Ersparnisse im Gerichtswesen geben den Staatsanwaltschaften das Recht, unwesentliche Verhandlungen zu vermeiden. Wo der angerichtete Schaden unerheblich ist, kann das Verfahren niedergeschlagen werden. Selber scheint von diesen Bestimmungen wenig Gebrauch gemacht zu werden, denn sonst müßte ein Prozeß, wie der gestrige vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zu vermeiden gewesen sein. Lediglich durch die angeklagten Personen, zwei Oberhäupter der Stadt Berlin, erwacht die Angelegenheit ein gewisses Allgemeininteresse. Oberbürgermeister Böß und Stadtrat Wege sollen sich gegen die § 1, 1a, 2a, 27 und den Artikel 3 der Postbestimmungen vom 20. Dezember 1899 vergeblich haben. Die Post selbst ist als Nebenkläger zugelassen. Es handelt sich um die Sammelpoststelle des Magistrats, von hier werden sämtliche Briefe aller Bezirksämter in einem Umschlag an ihren jeweiligen Bestimmungsort gefandt. Oberbürgermeister Böß, der kommissarisch vernommen worden ist, leitet die Berechtigung hierzu von dem Standpunkte aus, daß alle Bezirksämter nur Hilfsorgane seien, die ihm unterstehen. Die Gegenpartei ist anderer Meinung, für sie stellen die Bezirksämter selbständige Körperschaften dar, die also auch ihre Post allein versenden müssen. Der Staatsanwalt schlägt sich dieser letzteren Auffassung an und beantragt gegen Oberbürgermeister Böß und den Stadtrat Wege eine Geldstrafe von je drei Goldmark. Das Gericht aber beschließt nach längerer Beratung, die Sache zu vertagen und zur nächsten Verhandlung mehrere Sachverständige der beklagten Behörde, unter anderen auch den Bezirksbürgermeister von Berlin-Mitte, laden zu lassen.

Also für die Staatsanwaltschaft scheint die Tat mit drei Goldmark gefandt, das Gericht beraumt eine neue Verhandlung an, läßt so und so viele Sachverständige laden und bemüht noch einmal Richter und Schöffen um diese hochwichtige kommunale Angelegenheit.

Die Betriebssicherheit bei Schering A.-G.

Anlaßlich der schweren Explosion in einer Abteilung der Schering A.-G. am Tegeler Weg in Charlottenburg, die bekanntlich zwei Menschen das Leben kostete, waren uns aus Arbeiterkreisen zahlreiche Zuschriften zugegangen, die ganz erhebliche Mängel in den sanitären und feuertechnischen Betrieb der Werke aufdeckten. So war behauptet worden, daß die Betriebsfeuerwehr völlig versagt hätte, da ihr technisches Material sich in einem geradezu katastrophalen Zustande befunden habe. In dem Kienhaus soll nur eine Tragbähre gewesen sein. Das sanitäre Personal des Betriebes war nur für Tagelöhner berechnet, so daß bei einem eventuellen nächsten Unfall mit sofortiger Hilfeleistung, die in manchen Fällen alles bedeutet, nicht zu rechnen war. Wir hatten diese schweren Vorwürfe in die Form einer Frage gekleidet und eine gründliche Untersuchung der Affäre verlangt. Bis jetzt haben wir weder von der Betriebsleitung noch von der interessierten Behörde etwas gehört. Wir erneuern unsere Anfrage und erwarten dringend baldige Auskunft.

den Interessen der Landwirtschaft mehr dienen würde, als sich jetzt mit den Landarbeitern an den Beratungstisch zu setzen und in ehrlicher und offener Aussprache mit ihnen zu erörtern, was getan werden muß, um der Not der Landarbeiter gerecht zu werden. Werden die landwirtschaftlichen Arbeitgeber zu einer solchen Erkenntnis kommen?

Generalversammlung der Holzarbeiter.

Am Donnerstagabend tagte im Gewerkschaftshaus die ordentliche Generalversammlung des Holzarbeiterverbandes. Freygang gab den Geschäftsbericht vom 1. Quartal, streifte aber auch die vor kurzem beendete Aussperrung im Reich.

Er teilte mit, daß, obgleich die Zahl der Lohnbewegungen und Streiks im 1. Quartal eine nicht geringe war, die meisten der Bewegungen zu einem vollen Erfolge geführt haben. Der Verband ist aus diesen kleinen Kämpfen wie auch aus den letzten großen nicht geschwächt sondern moralisch gestärkt hervorgegangen. Das beweist die Zunahme von ungefähr 1000 Mitgliedern. Den größten Erfolg haben die Holzarbeiter aber bei dem letzten großen Kampf gehabt, der von den Unternehmern angeleitet war, um die Organisation zu zerbrechen. Sie mußten aber erleben, daß die mit so geschwollenen Worten begonnene Aussperrung, durch die Einmütigkeit der Holzarbeiter und die Uneinigkeit in den Reihen der Unternehmer zu einem schönen Erfolg der Angegriffenen wurde.

In der über den Geschäftsbericht sich entwickelnden Diskussion verließen die Redner der „Opposition“ das Ergebnis des letzten Kampfes als ungenügend zu bezeichnen. Wenn man nach ihren vielgepriesenen Methoden verfahren wäre, würde das Ergebnis ein ganz anderes gewesen sein. (Hoch kein gutes.)

Im weiteren Verlauf der Tagesordnung, so bei der Wahl eines Angestellten und bei Erledigung von hauptsächlich kommunistischen Anträgen kam es zu stürmischen Auseinandersetzungen, die an das Auftreten der „Weltrevolutionäre“ in den Parlamenten erinnerten. Es wurde eben „Opposition aus Prinzip“ getrieben.

Neben anderen Anträgen wurde eine Resolution angenommen, in der die Generalversammlung auf das entschiedenste gegen den Raubzug auf die Taschen der Wertigen protestiert, wie er durch die Schußwollvorlage und die Erhöhung der Verbrauchssteuern geplant ist. Nach Erledigung einiger anderer Anträge schloß die Versammlung, deren ordnungsgemäßen Verlauf die kommunistischen Delegierten mit viel Aufwand an Stimmen zu stören bemüht waren.

Zum Leipziger Metallarbeiterstreik.

Leipzig, 9. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Schneller als die Streikenden selbst glaubten, hat der Leisfreit in Leipzig gewirkt. Die K.T.O. Großhändler schloß ihren Betrieb bereits am zweiten Streiktag vollständig. Die Firma Sack kam am Montag in die

gleiche Lage. Trotzdem kam die Ankündigung der Gesamtaussperrung nicht. Die Trauben hingen den Unternehmern zu hoch. Es ist deshalb die Vermutung nicht ganz unberechtigt, daß die am Dienstag durch den Schlichter eingeleiteten Verhandlungen von den Metallindustriellen selbst angeregt worden sind. Zu dem Ergebnis dieser Verhandlungen nahmen die Leipziger Metallarbeiter am Donnerstagabend in acht Versammlungen Stellung.

Streik auf der Vurbacher Hütte.

Saabrücken, 9. Juli. (Nab.) Die Streikbewegung auf der Vurbacher Hütte hat weiter an Ausdehnung zugenommen. Die Verwaltung vertritt, aus den noch arbeitenden anderen Abteilungen die Leute nach den befreiten Abteilungen abzulommandieren. Wer der Aufforderung nicht Folge leistet, wird ausgesperrt. Bisher hat der größte Prozentsatz der Arbeiter die Leistung der Arbeit abgelehnt. Nach Informationen sollen 2800 Arbeiter im Streik leben. Die Gesamtbelegschaft beträgt über 5000 Mann. Starke Polizeikommandos bewachen die Ausgänge.

Verantwortlich für Politik: Dieter Schül; Wirtschaft: Arthur Caterans; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revolution: Dr. John Schilowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: H. Glode; Ähnlich in Berlin: Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Sinauer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

Bis 21. Juli Fortsetzung unseres großen

Saison - Ausverkaufs!

bis zur Hälfte herabgesetzt!

- Fabrikreste Handtuch-Reste, Halb- und Restlein, Ser. III 75, II 60, I 45 Pf.
- Hiesigen Posten: Ron-Nessel, 80 cm breit, Meter 48 Pf.
- Große Rest-Posten Küchen-Handtücher gen. u. geh. 30 Pf.
- Unerreicht Billig! Betttücher aus Nessel 120 x 200 cm 2⁹⁵
- Teepuppengestell ovale Form 75 Pf.
- Teepuppenkopf mit Armen 1⁷⁵
- Kissen Aida, blau gestickt 2⁵⁰

- 1 Posten 43 Pf. Damenstrümpfe mod. Farben
- 2 Posten 78 Pf. Damenstrümpfe m. Doppelsohle und Hochleiste
- 1 Posten 1.75 Damenstrümpfe Kunselwolle
- 1 Posten 38 Pf. Herrensocken grau und braun

- 1 Restposten Kleider aus Frotté und Musseline 2.90 2.25
- 3 Serien Mäntel aus Tuch und Covercoat Serie III 12.75, Serie II 8.90, . . . Serie I 4.90
- Sport- u. Leibchenhosen für Herren aus W. Serie III 1.75, 2.95 1.95

- Kinderschlüpfer weiß und farbig 68 Pf.
- Damenschlüpfer farbig 95 Pf.

- 50 Pf. Großer Posten Etamine, kariert
- 1 Posten 60 Pf. Gardinstoff volle Breite
- Gr. Posten 2.90 Tüll-Garnituren dreiteilig
- 3.90 1 Posten Tüll-Bettdecken

- Fabrikreste Handtuch-Reste für Betttücher Ser. III 1.75, II 1.45, I 95 Pf.
- Restbestände in Wauch-Musseline 80 cm breit 58 Pf.
- Große Posten: Perkal und Zephirleinen Meter jetzt 58 Pf.
- Restposten: Kleider-Frotté bis 130 cm breit, Meter jetzt 95 Pf.
- 1 Restposten Halbstores 1⁷⁵ durchweg

NEUKÖLLN-HERMANNSTR. 210
Hernfeld

- Restpost. Unterröck-Slickerei 95 Pf.
- Pa. Madapolam 1.75, 1.25
- Restpost. Zwihsplitze u. Einsätze 8 Pf.
- Meter 28, 18, 10
- Restposten PrimaGummiband gestrichelt, Streifen 25 Pf.

Räumungs-Ausverkauf wegen Umbau
Motto: Immer weg damit!

Das ist das Ergebnis meiner guten Waren und billigen Preise: die Räume sind zu eng geworden, es muss gebaut werden. Und für Sie von besond. Interesse:

Die Preise sind nochmals bedeutend ermässigt!

- Anzüge einzelne Muster, sehr haltbare Qualität jetzt 19⁹⁵
- Anzüge Sportform, aufges. Taschen, grau und braun, jetzt 26⁰⁰
- Anzüge viele schöne Muster, hell und dunkelstreifen, jetzt 35⁰⁰
- Anzüge gute Qualität, viele Muster jetzt 44⁰⁰
- Gummimäntel gut. Gumm. Schlüpfer mit Gürtel 15⁹⁵
- Gummimäntel Körper und Covercoatbezug jetzt 15⁹⁵
- Uister moderne Tailienform, viele Farben jetzt 34⁰⁰
- Windjacken sehr dauerhafte Qualität jetzt 8⁰⁰
- Lüsterjacketts blau u. schwarz jetzt 9⁵⁰
- Lüst.-Ers.-Jack. schwarz, sehr haltbar, jetzt 4⁵⁰
- Oberhemden mit zwei Kragen jetzt 4⁹⁵
- Hüte ein grosser Posten jetzt 3⁹⁵

Gottlieb Weiss
SCHÖNEBERG Hauptstr. 161

Zähne 1 und 2 Mark. Goldkronen von 8 Mark an.
Persönliche fachmännische Behandlung.
Wöchentliche Teilzahlung gestattet.
B. Wolff, Charlottenburg, Berliner Straße 110.

Ischias
Berliner Elektriker-Genossenschaft
angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88
Füllale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4 - Tel. Platzburg 9831
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen - Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel - Ausführung sämtl. Reparaturen - Preiswerte, gediegene Arbeit

Haben Sie Wanzen?
So gebrauchen Sie Mothesin.
Unfehlbares Spezial-Mittel zur radikalen Vernichtung der Wanzen und deren Brut. Absolut sicher und schnellste Wirkung.
Berle Flasche 1.-, 2.50 und 4.- M. Nur allein echt bei Arth. Mothesin, Berlin N. O., Schweinländer Straße 41. Gegen Schwaben, Kuffen, Franzosen und Hölle usw. Wollen nicht Brut helfen nur meine als einzigartig anerkanntem Spezial-Mittel in Sachdriten 1.-, 2.- M.

Was bietet unser Saison-Ausverkauf?
Den Damen die günstigste Gelegenheit, gut und äußerst billig einzukaufen!
Einige Beispiele:

- Ein vorzügl. Mouliné-Mantel 25⁷⁵ Mark 36.75
- Ein Imprägnierter Mantel 13⁷⁵ Mark 25.75 19.75
- Wundervolle Tuch-Mäntel 19⁷⁵ Mark 29.75 25.75
- Gut sitzende Kostüme 13⁷⁵ Mark 36.75 29.75 19.75
- Flotte Wasch-Kleider 3⁹⁵ Mark 9.75 6.75 4.50
- Eleg. Trikot- u. Seidenkleider 11⁷⁵ Mark 49.00 36.00 19.75
- Reiz. Blus.-Kasacks u. Jumper 2⁹⁵ Mark 9.75 6.75 3.75
- Schönste Röcke 2⁵⁰ Mark 12.75 9.75 4.75

W. Bernhard Nachf.
Das Spezialhaus schönster Damen-Moden
Berlin, Belle-Alliance-Str. 105 u. 101 direkt am Halleschen Tor

AVUS-AUTOMOBIL-RENNEN deutscher Film- und Bühnendarsteller
Unwiderruflich Sonntag, den 12. Juli, nachmittags 2 Uhr / / / / / Volkstümliche Preise von 0,50 Mark an